**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Federführender Fachbereich Verkehrsflächen	Drucksachen-Nr. 645/2006	
	☒	Öffentlich
	☐	Nichtöffentlich
Beschlussvorlage		
Beratungsfolge ▼	Sitzungsdatum	Art der Behandlung (Beratung, Entscheidung)
Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr	10.01.2007	Beratung

Tagesordnungspunkt A 8

**Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Verkehrsflächen der Stadt Bergisch Gladbach" für das Wirtschaftsjahr 2007;
hier: Beratung der investiven Maßnahmen des Vermögensplanes**

Beschlussvorschlag:

@->

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr berät vorab die investiven Maßnahmen des Vermögensplanes der Einrichtung „Verkehrsflächen“ für das Wirtschaftsjahr 2007, um eine frühzeitige Einbindung der Aufsichtsbehörde im Haushaltsplangenehmigungsverfahren zu den Investitionsprioritäten zu gewährleisten.

Bitte bringen Sie daher die in der Ratssitzung am 26.10.2006 eingebrachten Anlagen zum Entwurf der Haushaltssatzung mit dem darin enthaltenen Wirtschaftsplanentwurf zur Beratung mit.

Sofern sich Anregungen im Rahmen der Auswertungen zum Bürgerhaushalt 2007 ergaben, wurden diese in der Vorlage berücksichtigt.

Die abschließende und vollständige Beratung des Wirtschaftsplanes erfolgt unter Einbeziehung der Ergebnisse dieser Beratung am 06.02.2007, so dass eine Beschlussfassung im Rat am 01.03.2007 gewährleistet ist. Die übrigen Anregungen zum Bürgerhaushalt 2007, die den Erfolgsplan betreffen oder allgemeiner Natur sind, werden ebenfalls in der Vorlage zur Beratung am 06.02.2007 berücksichtigt.

<-@

Sachdarstellung / Begründung:

@->

1. Veränderungen der investiven Maßnahmen des Vermögensplanes im Vergleich zum Wirtschaftsplanentwurf

Im Vergleich zur Fassung des Wirtschaftsplanentwurfes vom 26.10.2006 haben sich zwischenzeitlich folgende Änderungen ergeben:

Seite Entwurf v. 26.10.2006	Auftrags-Nr.	Bezeichnung	Neuer Ansatz	Ansatz Entwurf 26.10.2006	Veränderung +/-	
Mittelverwendung						
a)	71	I 60170501	Erwerb Kfz	15.000	75.000	-60.000
b)	71	I 60165702	Deckenbaumaßnahmen	60.000	0	+ 60.000
c)	71		Erneuerung Straßenbeleuchtung	200.000	450.000	-250.000
d)	72		Eugen-Langen-Str./ Waidmannstr.	110.000	0	+ 110.000
e)	72		Lohhecke/Umlegungsgebiet	90.000	0	+ 90.000
f)	72		Piddelbornstraße	150.000	0	+ 150.000
g)	72		Driescher Kreisverkehr - Baukosten	1.840.000	1.000.000	+ 840.000
					+ 940.000	
Mittelherkunft						
h)	73		Erschließungsbeiträge	490.000	390.000	+ 100.000
i)	73		Beiträge nach § 8 KAG	840.000	840.000	+ 0
j)	73		Landeszuweisungen	1.090.000	1.130.000	-40.000
k)	73		Darlehensaufnahme	2.179.000	1.299.000	+ 880.000
					+ 940.000	

zu a)

Die Ersatzbeschaffung des 7,5-Tonnners soll durch Leasing über die EBGL GmbH erfolgen und wird insofern im Erfolgsplan berücksichtigt.

zu b)

Aus Gründen der Wirtschaftlichkeit (mittelfristige Einsparung bei der Straßenunterhaltung) ist die Erneuerung von Fahrbahndecken erforderlich.

zu c)

Nach dem aktuellen Sachstand ist davon auszugehen, dass lediglich die beschlossenen Pilotprojekte realisiert werden können und daneben nur Planungskosten zur Vorbereitung der Ausschreibung entstehen.

zu d und f)

In der Eugen-Langen-Straße/Waidmannstraße und Piddelbornstraße wird die Kanalisation 2007 vollständig saniert. Die Straßen befinden sich in einem schlechten Zustand und sind erneuerungsbedürftig. Sie werden im Anschluss nach § 8 KAG abgerechnet.

zu e)

Die Eigentümer von Grundstücken im Erschließungsgebiet Lohhecke haben einen Rechtsanspruch auf Durchführung der Erschließungsmaßnahme. Die Kosten werden nach endgültiger Herstellung nach BauGB auf die Eigentümer umgelegt.

zu g)

Der ursprüngliche Ansatz beinhaltete lediglich die vorab geschätzten reinen Straßenbaukosten für die von der Stadt veranlasste Umbaumaßnahme der Kreuzung. Der neue Ansatz beinhaltet die voraussichtlich in 2007 anfallenden Kosten für Planung, Vorbereitung/Freimachung, Straßenbau und für den gesamten Eisenbahnbau (incl. der notwendigen Veränderungen auf dem Betriebsgelände m-real).

Die Mittelherkunft wird neben den o.a. Ausgaben nachrichtlich mit aufgenommen, da sich durch eine veränderte Ausgabe- und Einnahmesituation auch eine veränderte Darlehensaufnahme ergibt:

zu h)

Der Ansatz „Erschließungsbeiträge“ wurde um 100.000,- erhöht, da zusätzlich die Straße Herkenfelder Weg endgültig abgerechnet werden soll.

zu i)

Der Ansatz „Beiträge nach § 8 KAG“ bleibt unverändert, da der Ausfall der Einnahmen aus der Verbesserung der Straßenbeleuchtung durch zusätzliche Einnahmen aus den neu aufgenommenen Maßnahmen kompensiert werden soll.

zu j)

Im ursprünglichen Ansatz wurden die insgesamt zu erwartenden Einnahmen komplett veranschlagt. Es wurde davon ausgegangen, dass eine evtl. erforderliche Vorfinanzierung - sofern die Anteile nach EKrG bzw. Zuwendungen nach GVFG 2007 nicht in voller Höhe eingehen - durch den Investor erfolgt.

zu k)

Durch die verschiedenen Änderungen des Vermögensplanes in den Ausgaben und Einnahmen erhöht sich die Darlehensaufnahme gegenüber dem ursprünglichen Ansatz auf 2.179.000 €. In der dem Rat am 14.12.06 zur Kenntnis gegebenen Prioritätenliste 2007 wurde dieser Betrag allerdings schon berücksichtigt, so dass die geplante Gesamt-Nettoneuverschuldung der Stadt im vorgegebenen Rahmen bleibt.

2. Anregungen zum Bürgerhaushalt 2007

Der Wirtschaftsplan der Einrichtung „Verkehrsflächen“ ist von den nachfolgenden Vorschlägen betroffen:

a) Dokumentation zum Bürgerhaushalt, Seite 23, Nr.9:

„Minderung Standards Straßenbeleuchtung“

Bezug im Wirtschaftsplan: Seite 71, Nr: I 601....

Bezeichnung Erneuerung Straßenbeleuchtung € 450.000,-

Die Stadt strebt nicht die Minderung des Standards, aber sehr wohl die Senkung der Energie- und Unterhaltungskosten an. Durch Optimierung der Straßenbeleuchtung kann nach Ansicht der Verwaltung eine Einsparung erzielt werden, die über dem Einsparpotenzial liegt, das durch eine Stunde Abschaltung erreicht wird. Da zu befürchten ist, dass der volkswirtschaftliche Schaden durch Anstieg von Unfall- und Kriminalitätsrate bei einer Komplettabschaltung höher ist als die mögliche Einsparung, wird empfohlen, von einer solchen Maßnahme abzusehen. Wenn rund 40 % der Bürger, die sich zum Thema Bürgerhaushalt geäußert haben, dafür aussprechen, überhaupt keine Reduzierung des Standards bei der Straßenbeleuchtung vorzunehmen, sollte dies als Auftrag gewertet werden, diesem Sicherheitsbedürfnis nachzukommen.

b) Dokumentation zum Bürgerhaushalt, Seiten 20 und 29:

Bürgervorschläge Größere Einzelmaßnahmen:

„Keine bzw. reduzierte Grundsanie rung der Straße Kippekausen in Refrath“

Bezug im Wirtschaftsplan: Seite 72

Straßenbauprogramm

Es ist vorgesehen, die Straße Kippekausen, die sich in einem extrem schlechten Zustand befindet, zu erneuern. Die Baumaßnahme ist im Wirtschaftsplan 2007 nicht veranschlagt, da zunächst eine Kanalsanie rung erfolgen muss und die in diesem Zusammenhang entstehenden Synergieeffekte genutzt werden sollen. Die Eigentümer von Grundstücken an dieser Straße *müssen* von der Stadt nach dem KAG an den Kosten der Maßnahme beteiligt werden, so dass sich der städtische Eigenanteil reduziert. Dieser Eigenanteil ist unter Berücksichtigung von Kapitalzinsen und Abschreibung für die Stadt geringer als die heutigen Kosten für den erforderlichen Unterhaltungsaufwand, so dass ein Verzicht auf die Baumaßnahme für den städtischen Haushalt – und das ist Kriterium für den Bürgerhaushalt – unwirtschaftlich wäre. Dies gilt analog auch für eine Reduzierung der notwendigen Instandsetzung.

c) Dokumentation zum Bürgerhaushalt, Seite 29:

Bürgervorschläge Größere Einzelmaßnahmen:

„Straßenschäden beseitigen, um Folgeschäden zu vermeiden“

Bezug im Wirtschaftsplan: Seite 72

Straßenbauprogramm insgesamt

Dieser Bürgervorschlag unterstützt die Auffassung der Verwaltung wie zuvor bereits im Falle der Straße Kippekausen ausgeführt. Tenor: Sanierung ist wirtschaftlicher als dauerndes Ausbessern.

d) Dokumentation zum Bürgerhaushalt, Seite 29:

Bürgervorschläge zum Fuhrpark:

**„Prüfung auf Zweckmäßigkeit u. Wirtschaftlichkeit“
„kleinstmögliche Fahrzeuge einsetzen“**

Bezug im Wirtschaftsplan: Seite 71, I 60170501

Erwerb KFZ

Aufgrund der Bedarfsabstimmung zwischen Meister und Betriebsleiter werden Fahrzeuganschaffungen im Rahmen der Aufstellung des Wirtschaftsplanes vom Eigenbetrieb angemeldet. Vor dem Vergabeverfahren erfolgt eine Überprüfung durch den Fachbereichscontroller. Unter Einbeziehung des Werkstattmeisters werden anhand einer Checkliste Nutzungsdauer, Auslastung, Reparaturkosten und Anschaffungsalternativen geprüft und fließen in eine schriftliche Stellungnahme ein. Diese dient der Fachbereichsleitung als Entscheidungshilfe zur Neu- bzw. Ersatzbeschaffung (Art, Größe, Ausstattung, Zeitpunkt).

Betriebswirtschaftliche Auswertungen im Rahmen der Kostenrechnung werden z.Zt. nicht vorgenommen, sind aber mit Ausbau des Controlling systems und Ergänzung der Fuhrparksoftware geplant.

e) Dokumentation zum Bürgerhaushalt, Seite 31:

Bürgervorschläge zum Thema Öffentliche Sicherheit und Ordnung:

„Mehr Kreisverkehre, dadurch weniger Ampeln“

Bezug im Wirtschaftsplan: Seite 72

Straßenbauprogramm insgesamt

Dort, wo die Anlegung eines Kreisverkehrs möglich, sinnvoll und wirtschaftlich ist, wird eine Umsetzung auch generell angestrebt. Aufgrund der spezifischen Rahmenbedingungen in Bergisch Gladbach (hoch belastete Hauptverkehrsstraßen, enge Bebauung) einerseits und relativ hohen Investitionskosten für Kreisverkehrsplätze andererseits, treffen die genannten Kriterien jedoch nicht auf jede Kreuzung zu, so dass man nicht pauschal davon ausgehen kann, dass ein Kreisverkehr immer die bessere Lösung ist. Hinzu kommt, dass gerade die Sicherheitsaspekte im Rahmen der Schulwegsicherung bei einer Signalisierung besser erreicht werden.

f) Dokumentation zum Bürgerhaushalt, Seite 39

Bürgervorschlag:

„Längere Nutzungsdauer von Gebäuden und Sachgegenständen“

Bezug im Wirtschaftsplan: Seite 71 – 72

Mittelverwendung insgesamt

Die Investitionstätigkeit wird durch die derzeitige Haushaltslage und den damit verbundenen rechtlichen Auflagen ohnehin äußerst restriktiv gehandhabt, so dass in vielen Fällen - gerade bei den beweglichen Anlagegütern - eine Nutzung weit über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer erfolgt.

Es ist jedoch zu beachten, dass somit zwar investive Ausgaben vermieden werden, aber zum einen erhöhte, direkt aufwandswirksame Folgekosten durch erhöhten Unterhaltungs-/Reparaturaufwand entstehen können, zum anderen die Wirtschaftsgüter nicht mehr dem aktuellen technischen Stand entsprechen und so Unwirtschaftlichkeiten entstehen können.